BITEG

Aktuelle Probleme bei der Anwendung des brandenburgischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes und deren Vermeidung

Die Anwendung des allgemeinen Vollstreckungsrechts und die zwangsweise Durchsetzung von Verwaltungsakten führen oft zu erheblichen Konflikten zwischen Bürgern und Behörden. Das Verwaltungsvollstreckungsgesetz stellt die örtlichen Verwaltungsstellen vor besondere Vollzugsprobleme. Die richtige Anwendung dieses komplexen und komplizierten Rechtsgebiets setzt voraus, die einschlägigen Vorschriften und die häufigsten Fehlerquellen sicher zu kennen.

Das Seminar erläutert das Gesetz, informiert über die aktuelle Rechtsprechung und zeigt Lösungen für sich in der Praxis ergebende Vollzugsprobleme.

Schwerpunkte

- Ziel und Inhalt des Gesetzes
- Voraussetzungen für die Vollstreckung
- Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Durchführung des Vollstreckungsverfahrens
- Zwangsmittelarten
- Besonderheiten beim Zwangsgeld, bei der Ersatzvornahme und beim unmittelbarer Zwang
- Ersatzzwangshaft
- Fiktion der Abgabe einer Erklärung, Zwangsräumung und Wegnahme
- Androhung und Anwendung des Zwangsmittels
- Vollstreckungshilfe
- Typische Fehlerquellen und deren Vermeidung
- Kosten und Gebühren
- Aktuelle Rechtsprechung
- Fragen aus der Praxis und Erfahrungsaustausch der Teilnehmenden

Preis

167.00 € zzgl. 19% MwSt.

Referent/-in

Ministerialrat **Dr. jur. Martin Robbel**, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg

Seminarteilnehmende

Kasse, Ordnungsamt, Gewerbeamt, Hygieneaufsicht, Sozialamt, Umweltamt, Rechtsamt und Mitarbeiter der Kommunal- und Sonderaufsicht sowie sonstige Betroffene und/oder Interessierte

BITEG

Ort und Datum

IHZ Internationales Handelszentrum, Friedrichstraße 95, 10117, Berlin

04-11-2020 (09:00 - 15:30 Uhr)